Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Junge

7. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 1. April 1931 — Nummer 54

An der Spitze des Volkes für Brot, Arbeit, Freiheit!

Deklaration des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands zur faschistischen „Notverordnung"

Das Sekretariat des Zentralkomitees der KPD. veröffentlicht folgende Deklaration:

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands stellt vor der Arbeiterklasse und allen notleidenden werktätigen Schichten fest, daß die „Notverordnung" der Regierung Hindenburg-Brüning, die auf Vorschlag Severings und der Sozialdemokratie erlassen wurde, einen faschistischen Anschlag auf die letzten Freiheiten und Rechte des Volkes darstellen. Zwei Wochen nach dem Meuchelmord der Hitlerfaschisten an dem kommunistischen Abgeordneten, Gen. Ernst Henning, erläßt die Regierung ein Ausnahmegesetz gegen die Partei des Ermordeten, verwandelt sie Deutschland in ein Land, in dem jeder Schritt des proletarischen Freiheitskampfes auf einen Stacheldraht von Verboten und Strafandrohungen stoßen soll.

Die Kommunistische Partei hat diese Entwicklung, die eine neue Etappe in der Durchführung und im Ausbau der volksfeindlichen faschistischen Diktatur darstellt, klar vorausgesehen und vorausgesagt. Die ganze Bankerottpolitik des herrschenden Regimes, sowie die feige Angst der Sozialdemokratie vor der großen Abrechnung für ihre Politik des Panzerkreuzers, des Polizeiterrors, des Demonstrationsverbotes am 1. Mai, des Streikbruchs, des Zollwuchers und der offenen Unterstützung der Millionäre in Zehntausenden von roten Versammlungen, außerdem

die großzügigen Pläne des Unternehmertums und seiner Regierung auf Ueberrumpeln der Arbeiterklasse durch neuen Lohnabbau und Unterstützungskürzung

haben zu diesem faschistischen Ausnahmegesetz geführt.

Dieses Gesetz, geplant zur Erstickung der revolutionären Volksbewegung, ... wird scheitern. Dieses Gesetz wird noch klarer die Volksfeindlichkeit der herrschenden kapitalistischen Politik, noch deutlicher die arbeiterfeindliche Schande der deutschen Sozialdemokratie den Volksmassen sichtbar machen. Dieses Gesetz zeigt mit seiner Aufhebung der ganzen bürgerlichen Scheindemokratie und mit seinem schwärzesten Kulturfaschismus,

daß die Sache der Freiheit des Volkes und jedes kulturellen Fortschrittes allein im Lager des Kommunismus steht.

Die Kommunistische Partei, die einzige antifaschistische und antikapitalistische Partei, wird als einzige proletarische Klassenpartei, ... Volksfeinde, ihren Weg des revolutionären marxistischen Kampfes gehen und in diesem Kampfe alle ihre Kräfte ... verstehen, die aus der Unterdrückung während des Sozialistengesetzes und aus der Zeit des Bismarckismus von Ignaz Auer, August Bebel, Wilhelm Liebknecht und anderen Sozialistenführern dem revolutionären Sozialismus hinterlassen worden sind.

Auf den Anschlag gegen die Freiheit des Volkes antwortet die Kommunistische Partei mit der Mobilisierung des ganzen werktätigen Volkes in Stadt und Land.

Die Massen wollen einen Ausweg aus der ... kapitalistischen Katastrophenpolitik. In uns ... von Millionen Wählern der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten. Es gibt keinen Teil in Deutschland, aus dem nicht täglich Nachrichten vom stürmischen Wachstum ... von unserem neuen Eindringen in bisher von faschistischen und kapitalistischen Parteien und vom Sozialfaschismus ... freien Volksschichten kommen. Unsere Partei hat seit dem 14. September ihre Mitgliederzahlen ... verdoppelt. Die RGO. wächst zur einzigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung Deutschlands. Das Zentralkomitee der KPD. wendet sich jetzt an alle revolutionären Arbeiter und das ganze arbeitende Volk mit dem Appell: Setzt das Wachstum ... durch ein

großes Parteiaufgebot „Unsere Antwort an Brüning und Severing"

die schlagende Antwort. Zehntausende von neuen Mitgliedern treten in die Kommunistische Partei ein.

Das Zentralkomitee der KPD. weist nachdrücklich auf die sozialen Hintergründe der Brüning-Severing-Verordnung hin. Am Tage nach dem Erlaß dieses Ausnahmegesetzes haben die Unternehmer des Ruhrbergbaus den Rahmentarif der 350 000 Bergarbeiter gekündigt, um — genau wie in der Metall-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Streik der Bauarbeiter!

In Dresden und Berlin — Wählt sofort Streikleitungen auf allen Baustellen

Dresden, 1. April.

Nach am gestrigen Tage fanden auf den meisten Baustellen Dresdens Versammlungen der Bauarbeiter statt. Die empörten Bauarbeiter beschlossen, keinen Revers zu unterschreiben, sondern mit sofortigem Streik zu antworten. Streikmeldungen liegen bereits vor von den Firmen Einert, Wagner, Menzschner, Buckenhoff & Widmann und Stöcker am Ablangkanal ... mit ca. 400 Arbeitern und bei Berstenberger & Böhler, Dresden-N.! Die Firma Reimer zahlt die früheren Löhne weiter und wagte nicht, Lohnkürzung zu fordern. Die Straßenbahn A.-G. forderte von den 250 beschäftigten Bauarbeitern, die als Wohlfahrtserwerbslose eingestellt wurden, gleichfalls Unterschrift unter den Lohnraubrevers. In einer Versammlung wurde ein vorbereitender Kampfausschuß gewählt, der der Straßenbahn A.-G. die Ablehnung mitzuteilen beauftragt ist. Der Verband ... Zimmerer hat sich genötigt gesehen zu ... In einer großen Anzahl weiterer Baustellenversammlungen wurden gleichfalls Kampfausschüsse gewählt.

[illegible]

[illegible]

den entschiedenen zurückgewiesen. Das Verhalten der Firma Reimer in Dresden zeigt, daß die Scharfmacherfront bereits Risse bekommt, infolge des geschlossenen Auftretens der Bauarbeiter unter Führung der RGO. Dieser gewaltige Kampf der Bauarbeiter im ganzen Reich findet die begeisterte Unterstützung aller Arbeiter und Angestellten, deren Haß gegen die Lohnräuber täglich anwächst. Die Bauarbeiter werden bei Aufbietung aller Kräfte des Proletariats, besonders der RGO in den Betrieben und Stempelstellen den Scharfmachern eine wirtschaftliche und zugleich politische Niederlage bereiten.

Bauproletarier! Streikt gegen den Lohnraub! Wählt sofort überall rote Streikleitungen!

Für die Süßwarenindustrie wurde ein Schiedsspruch gefällt, der einen Lohnabbau von 5 Prozent für Männer und 4 Prozent für Frauen vorsieht. Die ... haben schon ... beschlossen. Die Süßwarenarbeiter ... unter Führung der RGO ...

2 Jahre Festung für KPD-Redakteur

[illegible]

Berliner Jugendtag verboten!

[illegible]